



Communiqué

26. Mai 2015

Expertenbericht als gute Basis für die weiteren Erörterungen zum Verhältnis «Kirche-Staat»

Der Bericht «Ecoplan / Ad!vocate» zum Verhältnis von Kirche und Staat im Kanton Bern stellt nach Ansicht der Synode der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn eine gute Basis für die weiteren Erörterungen zum Thema dar. Das Kirchenparlament ruft den Grossen Rat auf, nicht der Versuchung zu erliegen, das Verhältnis unter rein finanziellen und juristischen Aspekten anzupassen, sondern angesichts der bedeutenden Leistungen der Kirchen dieses in gegenseitiger Achtung auf der Grundlage der modernen Kultur- und Sozialstaatlichkeit weiterzuentwickeln.

Den Vormittag des ersten Sessionstages widmete die Synode der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn dem Expertenbericht «Ecoplan / Ad!vocate» zum Verhältnis von Kirche und Staat im Kanton Bern. Sie nahm dazu im Rahmen ihres Vorberatungs- und Antragsrechts (vgl. Art. 122, 3 der Verfassung des Kantons Bern) zuhanden des Grossen Rates Stellung. Dieser wird das Geschäft an seiner Septembersession beraten.

Die neun Positionsbezüge der Synode wurden nach lebhafter Diskussion und Bereinigung in der Schlussabstimmung ohne Gegenstimme gutgeheissen. Das Kirchenparlament stellte einleitend fest, dass der Expertenbericht als Grundlage für die Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat geeignet ist, auch wenn er gewisse Fehler, Lücken und Ungenauigkeiten aufweist. Die Synodalen sind überzeugt, dass der christliche Glaube und dessen Werte für die grosse Mehrheit der Bevölkerung bedeutsam sind. Auch angesichts des auf historischen Gegebenheiten beruhenden Verhältnisses würde jedoch die rein monetäre oder juristische Optik für dessen Neugestaltung zu kurz greifen. Denn die Kirchen – das gehe unmissverständlich aus dem Bericht hervor – würden bedeutend mehr leisten, als sie kosteten. Das für sie eingesetzte Geld komme der Allgemeinheit in grossem Masse wieder zugute. Das Verhältnis sei deshalb in gegenseitiger Achtung auf der Basis der modernen Kultur- und Sozialstaatlichkeit weiterzuentwickeln. Ein besonderes Augenmerk legten die Synodalen auf die Beiträge der Kirchen zum Service public in Randregionen, zum Verständnis zwischen Stadt und Land sowie zum Zusammenhalt in der Gesellschaft. Diesen Aspekten trage der Expertenbericht zu wenig Rechnung.

Die Synode setzt die Diskussion zum Verhältnis Kirche und Staat am zweiten Synodetag fort (Vorberatung und Antrag zur Position des Regierungsrates, am Mittwoch, 27. Mai 2015, ab ca. 10.30 Uhr).

Am Nachmittag des ersten Sessionstages befassten sich die Synodalen mit dem Visionsprozess «Kirche 21». Die Arbeit wurde dezentral in Gruppen gemacht.